

## Grosser Gemeinderat Interlaken

### Protokoll der 5. Sitzung

Dienstag, 13. Dezember 2022, 16:00 Uhr  
Aula Schulanlage Alpenstrasse

Vorsitz von Allmen Marcel, SVP  
Stimmen-  
zählende Rüeegger Roger, FDP  
Nyffeler-Lanker Manuela, GLP

	<i>weiter anwesend</i>	<i>abwesend</i>
FDP	Trafelet Michelle, Boss Pia, Chevrolet André, Michel Paul, Fuchs Oliver, Daumüller Fredi	
SVP	Roth Andreas, Schenk Daniel, Brönnimann Alexandra, Nyffeler Christian, Häsler Erich, Bozic Marko (ab Trakt. 34)	
SP	Simmler Dorothea (ab Trakt. 35), Simmler Florian, Thali Irene, Liechti Anja, Aulbach Adrian	Holzer Jürg
GLP	Zürcher Ueli, Frederiksen Lars (ab Trakt. 33), Käser-Klossner Christine	Foiera-Brönnimann Franziska
Grüne	Hänggi Sandra, von Hintzenstern Susanne	
EVP	Dummermuth Andreas, Amacher Sabrina	
EDU		Reichen Josia
<i>ohne Stimmrecht</i>		
JUPA		Mühlemann Aimé
Gemeinde- rat	Ritschard Philippe, Boss Kaspar, Betschart Christoph, Christ Franz, Fuchs Nils, Michel Peter, Ritschard Andreas	
Protokoll	Iseli Barbara	

#### Traktanden:

32. Protokoll
33. Wahl des Büros des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2023
34. Wahl des Rechnungsprüfungsorgans 2023 bis 2026
35. Ersatzwahl in die Kommission für Kultur und Freizeit
36. Umsetzung der IT-Strategie 2022, Verpflichtungskredit
37. Sanierung und künftige Finanzierung Eissportzentrum Jungfrau, Rahmenkredit
38. Instandstellung Zivilschutzanlage Mittengraben, Nachkredit
39. Motion Rüeegger, Einführung der Schuldenbremse für Interlaken, Begründung
40. Orientierungen/Verschiedenes

**32**            **B3.D**            Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

#### Protokoll

#### Beschluss:

Das Protokoll der 4. Sitzung vom 18. Oktober 2022 wird genehmigt.

**33**            **B3.01.2**            Geschäftsführung, Geschäftsordnung, Konstituierung Grosser Gemeinderat

**Wahl des Büros des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2023**

Ausgeteilte und eingelangte Wahlzettel für die Wahl des Präsidiums: 24

**Wahl der Präsidentin**

Gültige Wahlzettel:	23
Absolutes Mehr:	12
Gewählt ist mit 23 Stimmen:	Amacher Sabrina

*Sabrina Amacher* dankt und nimmt die Wahl an.

**Wahl der 1. Vizepräsidentin**

Gültige Wahlzettel:	23
Absolutes Mehr:	12
Gewählt ist mit 22 Stimmen:	Liechti Anja
Weiter haben Stimmen erhalten:	
Simmler Florian	1 Stimme

**Wahl der 2. Vizepräsidentin**

*Fredi Daumüller* schlägt namens der FDP-Fraktion Pia Boss vor.

Gültige Wahlzettel:	24
Absolutes Mehr:	13
Gewählt ist mit 24 Stimmen:	Boss Pia

*Pia Boss* dankt für das Vertrauen und nimmt die Wahl an.

**Wahl der Stimmzählenden**

*Erich Häsler* schlägt namens der SVP Christian Nyffeler vor. *Manuela Nyffeler* schlägt namens der GLP Lars Frederiksen vor.

*Sandra Hänggi* schlägt namens der Fraktion SP-Grüne Dorothea Simmler vor.

Ausgeteilte und eingelangte Wahlzettel:	25
Gültige Stimmen:	45
Absolutes Mehr:	12
Gewählt sind mit 21 Stimmen:	Nyffeler Christian
und mit 15 Stimmen:	Frederiksen Lars
Weiter haben Stimmen erhalten:	
Simmler Dorothea	8 Stimmen
Fuchs Oliver	1 Stimme

**Zusammensetzung des Büros für das Jahr 2023**

Präsidentin:	Amacher Sabrina, EVP
1. Vizepräsidentin:	Liechti Anja, SP
2. Vizepräsidentin:	Boss Pia, FDP
Stimmzähler:	Nyffeler Christian, SVP
Stimmzähler:	Frederiksen Lars, GLP

**34**            **F3.06.4**            Finanzaufsicht, Kontrollwesen, Kassensturz, Revisionen**Wahl des Rechnungsprüfungsorgans 2023 bis 2026**

*GPK-Präsident Andreas Roth* führt aus, dass, gestützt auf die gesetzlichen Grundlagen, der Grosse Gemeinderat zuständig sei für die Wahl des Rechnungsprüfungsorgans und die Geschäftsprüfungskommission für das Auswahlverfahren. Die Vergabe erfolge im freihändigen Verfahren, was bedeute, dass keine Rechtsmittel gegen den Entscheid des GGR ergriffen werden können. Die GPK habe drei Firmen zur Offertstellung eingeladen – ROD Treuhand AG, BDO AG und ENGEL COPERA AG – die je ein Angebot eingereicht hätten. Gestützt auf die guten Erfahrungen mit der BDO AG, deren besonderen Fachwissen im Rechnungsmodell HRM2 sowie der Unterstützung des Finanzverwalters bei komplexen Buchhaltungsfragen (Einführung neues Buchhaltungsprogramm, Auslagerung des Abwasserleitungsnetzes an den Gemeindeverband) beantrage die GPK dem GGR, erneut die BDO AG als Rechnungsprüfungsorgan zu wählen.

*Paul Michel* unterstützt den Vorschlag im Namen der FDP-Fraktion, ebenso *Andreas Dummermuth* im Namen der Fraktion EVP-GLP.

**Beschluss:**

Als Rechnungsprüfungsorgan für die Jahre 2023 bis 2026 wird die BDO AG gewählt.

(einstimmig)

**35**            **K4.A**            Organe, Behörden, Gremien (Kunst- und Kultur, Freizeitgestaltung)**Ersatzwahl in die Kommission für Kultur und Freizeit**

*Erich Häsler* schlägt seitens SVP Salome Schenk von der EDU vor.

**Beschluss:**

Auf Antrag der Schweizerischen Volkspartei und als Ersatz für den zurückgetretenen Dimitri Oehler wird Salome Schenk, 1966, für den Rest der laufenden Amtsdauer vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2024 als Mitglied der Kommission für Kultur und Freizeit gewählt.

(einstimmig)

**36**            **D1.7.1**            Allgemeine Akten (Datenverarbeitung)**Umsetzung der IT-Strategie 2022, Verpflichtungskredit**

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Bemerkungen.

*Gemeinderat Christoph Betschart* erläutert die neue IT-Strategie, die der Gemeinderat in den letzten Monaten entwickelt hat. Das Rechenzentrum Interlaken (RZI), dem mittlerweile neun Körperschaften angeschlossen seien, sei vor rund 20 Jahren entwickelt worden und, obwohl die Hardware regelmässig erneuert wurde, nicht mehr zeitgemäss. Damals mussten die Datenspeicher auf dem Bödéli sein, heute werde empfohlen, die Anwendungen in die Cloud bzw. ein externes Rechenzentrum (mit Standort in der Schweiz) zu geben. Obwohl das RZI den Gemeinden gehöre und diese die operativen Risiken trügen, sei es immer von Dritten betreut worden. Der Plan sei nun, das RZI Ende 2024 aufzulösen. Die IT-Verantwortlichkeit auf der Gemeinde werde neu organisiert, Services und Hardware neu ausgeschrieben und der First-Level-Support zusammen mit der IBI lokal organisiert. Den am RZI beteiligten Gemeinden werde

ein Kooperationsmodell angeboten. Die Ausschreibung werde professionell durch die AWK group geführt. Der Kredit von CHF 380'000 sollte reichen. Die Betriebskosten dürften nicht höher sein als die aktuell CHF 180'000, zum gleichen Preis werde mehr Leistung erwartet. Mit der neuen IT-Strategie würden ein Digitalisierungsschub in der Verwaltung, ein stark reduziertes Betriebs- und Standortrisiko, besserer Support sowie gute Preise in einem kompetitiven Markt erwartet. Die Datenschutzvorgaben von Bund und Kanton müssten eingehalten und die schützenswerten Daten in der Schweiz gespeichert werden. Vorgehen seien auch vermehrt Schulungen der Mitarbeitenden. Im Übrigen würden Bund und Kantone an einer Lösung arbeiten, wie mit dem US-Cloud-Act umzugehen sei. In der Zwischenzeit könne mit technischen und organisatorischen Schutzmassnahmen sichergestellt werden, dass die heiklen Daten auf Servern abgespeichert würden, wo weder Microsoft noch die US-Regierung Zugriff hätten. Dies würde durch die AWK group sichergestellt.

Eintreten ist nicht bestritten.

*Oliver Fuchs* dankt für die gute Arbeit. Die FDP-Fraktion unterstütze die Vorlage. Er ergänzt, dass der Cloud Act auch für personenbezogene Daten ein Problem sei, v.a. in Bezug auf Office 365. Die AWK könne da gut beraten. Er erwarte zudem, dass die Betriebskosten noch reduziert würden.

*Erich Häsler* fügt an, dass auch die EDU-SVP-Fraktion das Projekt unterstütze. Sie würden es begrüßen, wenn die Kosten unterschritten würden. Sie seien immer offen für Digitalisierung.

*Manuela Nyffeler* erläutert, dass die EVP-GLP die Strategie unterstütze. Die Modernisierung im Bereich IT mache Sinn, es seien fundierte Abklärungen getroffen worden und die Arbeitsgruppe sei breit abgestützt. Die Reduktion des Betriebsrisikos werde begrüsst. Sie hätten sich einzig die Frage gestellt, was es bedeuten würde, wenn andere Gemeinden im RZI blieben. Würde die Technik im Keller bleiben?

*Gemeinderat Christoph Betschart* erklärt, dass, wenn der GGR zustimme, den Anschlussgemeinden in den nächsten Tagen ein Kündigungsschreiben geschickt werde. Die Kündigungsfrist betrage zwei Jahre. Die Gemeinden seien informiert. Theoretisch könnten die übrigbleibenden Körperschaften das RZI übernehmen, im Moment gebe es aber keine Anzeichen dafür. Ein Teil der Hardware werde im Kellerraum bleiben.

*Adrian Aulbach* führt aus, dass auch die Fraktion SP-Grüne das Vorhaben unterstütze. Aus fachlicher Sicht stimme die Richtung und preislich erscheine es plausibel. Er fragt, wieso nicht Partnerschaften mit grösseren Gemeinden gesucht würden? Da man nicht mehr so standortabhängig sei, kämen ähnliche Gemeinden in der ganzen Schweiz in Frage.

*Gemeinderat Christoph Betschart* weist darauf hin, dass es die angestrebten Lösungen schon gebe. Firmen wie Talus oder Dialog böten für Gemeinden standardisierte Lösungen an. Er erwarte, dass Interlaken so ein Päckli einkaufen werde. Eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden würde wieder Abhängigkeiten schaffen. Sie hätten das abgeklärt, aber das Interesse sei nicht gross und die Skaleneffekte relativ klein.

#### **Beschluss:**

1. Die Gemeinde Interlaken tritt aus dem Rechenzentrum Interlaken (RZI) aus.
2. Für die Umsetzung der IT-Strategie 2022 wird ein Verpflichtungskredit von CHF 380'000.00 bewilligt.

(einstimmig)

37            T1.09.2            Einzelne Anlagen und Bereiche (Touristisches Sport- und Freizeitangebot)

**Sanierung und künftige Finanzierung Eissportzentrum Jungfrau, Rahmenkredit**

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Bemerkungen.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* erläutert, dass das Eissportzentrum seit Jahrzehnten zum Angebot für schlechtwettertaugliche Freizeit- und Sportaktivitäten gehöre. Neben der rein finanziellen Betrachtung sei auch ein gesellschaftspolitischer Aspekt zu berücksichtigen. Die acht beteiligten Gemeinden mit einer Bevölkerung von gegen 25'000 Personen hätten über fast 45 Jahre mit minimalen Betriebsbeiträgen den Betrieb aufrechterhalten. Es fehlten die nötigen Rückstellungen für die Erneuerung. Es gehe nun darum, die periodisch aufkommende Diskussion mit einer längerfristigen Betrachtung zu beantworten und dem Verwaltungsrat des Eissportzentrums das Vertrauen auszusprechen, dass er die Mittel gut plane und einsetze. Die Einfache Gesellschaft kontrolliere den Verwaltungsrat im Auftrag der Gemeinden. Bereits im Vorfeld seien Fragen der Fraktionen beantwortet worden.

Die Leitungen für die Kunsteisfläche seien stellenweise marod, und bei Austritt von Ammoniak müsste die Anlage sofort geschlossen werden. Der Verwaltungsrat müsse handeln. Die im Gebäudecheck von 2014 aufgeführten Massnahmen beschränkten sich auf den Werterhalt für den Weiterbetrieb im Ist-Zustand. Bisher seien die dringendsten sicherheitsrelevanten Massnahmen im Umfang von 1 Mio. Franken realisiert worden. Die Machbarkeitsstudie 2019 des neuen Verwaltungsrats berücksichtige die aktuellen Vorgaben und strebe eine Attraktivitätssteigerung durch verbesserte Nutzung und Wirtschaftlichkeit an. Im Zuge der Reorganisation seien die Betriebsbeiträge der Gemeinden sowie die Tarife und Mieten erhöht und ein Investitionsbeitrag für künftige Investitionen eingeführt worden. So könnten jedoch die dringenden Massnahmen nicht ausgelöst werden. Deshalb werde ein neues Finanzierungsmodell vorgeschlagen mit einem Rahmenkredit mit definierten Investitionsschritten, die jeweils durch die Exekutiven freigegeben würden, sowie jährlichen Abschreibungen anstelle der Investitionsbeiträge. Die Steuerung erfolge über die Einfache Gesellschaft der Gemeinden. Abklärungen für substantielle Drittfinanzierungen wurden bei der Reorganisation vorgenommen, allerdings ohne Erfolg. Der Weiterbestand der Eisportanlage liege in der Hand der acht involvierten Gemeinden. Weitere Gemeinden hätten eine Beteiligung abgelehnt, sie zahlten dafür mehr für die Benutzung. Der Gemeindepräsident erläutert die abgegebenen Tabellen mit den Beiträgen und Folgekosten sowie den Zeitplan. Bönigen habe das Geschäft bereits angenommen, andere Gemeinden würden auf Interlaken warten. Der Verwaltungsrat könne erst handeln, wenn die Zustimmung aller Gemeinden vorliege, erst dann könne das Baugesuch eingereicht und später Material bestellt werden. Man hoffe, dass im Sommer 2024 die Bodenplatten und Banden saniert werden könnten.

Eintreten ist nicht bestritten.

*Susanne von Hintzenstern* führt aus, dass die Fraktion SP-Grüne das Traktandum sehr lang und kontrovers diskutiert habe. Die Machbarkeitsstudie zeige, dass die Sanierung machbar sei. Die Frage sei, ob man sich das leisten wolle oder leisten könne, und was die Voraussetzungen dafür wären. Interlaken müsste 2,5 Mio. Franken stemmen, in Anbetracht eines knappen Budgets, steigender Energie- und Gesamtkosten, unsicherer Steuereinnahmen und kommender teurer Projekte wie der Bödelibad-Sanierung. Immerhin lägen Gesamtsanierungsbedarf und -kosten vor, wobei aber noch wesentliche Punkte offen und zu klären seien. Die Massnahmen seien sehr umfangreich und leider auch nicht 100-prozentig kalkulierbar. Sie verweist auf die in der Studie aufgeführten Restrisiken und nicht berücksichtigten Kosten, z.B. Schadstoffsanierung, Statik, etc. Hier könnten sich grosse Zusatzkosten verstecken. Auch die steigenden Energiekosten müssten berücksichtigt werden. Grundsätzlich stelle sich die Frage, ob die Halle für alle Bürgerinnen und Bürger wichtig sei. Ihrer Meinung nach treffe das für sehr viele Einheimische zu, v.a. für die Vereine, Sportler und Familien. Gerade die Vereine hätten eine wichtige Präventionsfunktion bei Kindern und Jugendlichen und spielten eine grosse Rolle beim sozialen Miteinander. Es würde also v.a. für die Vereine kritisch, wenn die Halle geschlossen werden müsste, weil die Sanierung nicht durchgeführt bzw. die heutige Vorlage abgelehnt werde. Abgesehen davon würde auch der Rückbau der Halle beträchtliche Kosten generieren. Sie hätten sich gewünscht, dass die Gemeinden auch Alternativen geprüft hätten, wie ein neues Projekt an einem anderen Standort, mit neuen energiesparenden Technologien. Die Fraktion SP-Grüne sei der Ansicht, dass der Betrieb oder der Nicht-Weiterbetrieb der Eissporthalle

von so übergeordnetem Interesse sei, dass das Volk unbedingt mitentscheiden müsse. Um das obligatorische Referendum zu ermöglichen, werde die Mehrheit der Fraktion der Vorlage vermutlich zustimmen.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* ergänzt in Bezug auf die erwähnten Restrisiken und Kosten (S. 18 in der Studie), das sei ein Absicherungspassus für die Studienautoren. Diese Punkte könnten zum jetzigen Zeitpunkt nicht ermittelt werden. Aber jeder Schritt würde von den Exekutiven geprüft und könne zurückgewiesen werden. *Susanne von Hintzenstern* entgegnet, dass noch mehr im Vorfeld abgeklärt werden müsste. Gemäss *Philippe Ritschard* ist das nicht möglich.

*Daniel Schenk* dankt dem Gemeindepräsidenten für den Besuch in der Fraktion. Sie hätten trotzdem fast mehr unbeantwortete Fragen. Für die Fraktion SVP-EDU sei klar, dass die Gemeinde kein Geld habe. Man dürfe sich fragen, ob es Aufgabe der öffentlichen Hand sei, so etwas zu finanzieren. Es gebe gute Argumente, aber man habe kein Geld. Der Vergleich mit dem Bodelibad hinke, da Schwimmen ein öffentlicher Auftrag der Schule sei, Eislaufen hingegen nice-to-have. Sie verstünden die politisch-soziale Komponente, aber bevor man sich in ein finanztechnisches Abenteuer stürze, wollten sie mehr Klarheit über gewisse Aspekte. Die Sommernutzung von 8% sei viel zu gering. Es müsse aufgezeigt werden, dass es sich auch im Sommer lohnen könne. Weiter möchten sie Angaben zu den Mitgliederzahlen der verschiedenen Klubs. Er verweist zudem auf gewisse von der Vorrednerin erwähnte Punkte. Deshalb stelle die Fraktion SVP-EDU den Antrag, das Geschäft zurückzuweisen, bis diese Fragen beantwortet würden. Zudem lehnten sie Steuererhöhungen ab. Das wäre bei einer Annahme dieses Geschäfts wahrscheinlich unumgänglich.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* entgegnet, dass eine Rückweisung nichts bringe, sondern das Problem nur verschärfe. Provisorische Massnahmen würden das Projekt verteuern. Man könne sagen, dass es keine öffentliche Aufgabe sei, aber dann hätte man schon 1978 ablehnen müssen. Zudem sei dieser Kredit nicht an eine Steuererhöhung gebunden. Die Aussichten bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen 2022 seien gut, bei den anderen müsse man auf die definitiven Zahlen warten. Eine Verschiebung sei nicht sachdienlich. Der Verwaltungsrat arbeite daran, die Sommernutzung zu verbessern, z.B. mit Events. Die aktuellen Mieteinnahmen (Lagerraum für eine Firma, Schwingkeller, Sportgeschäft) seien nicht sehr hoch.

*Oliver Fuchs* erläutert, dass auch die FDP das Geschäft ausgiebig und kontrovers besprochen habe. Die Fraktion habe Stimmfreigabe beschlossen. Hier gehe es um die Frage, wollen wir das Eissportzentrum oder nicht. Der Soverän solle darüber entscheiden. Eine Rückweisung sei aus seiner Sicht ein zu hohes Risiko. Er lege allen die Zustimmung ans Herz. Das Eissportzentrum sei eine Institution auf dem Bodeli, und v.a. solle das Volk darüber entscheiden.

*Fredi Daumüller* bemängelt, dass für eine Investition von 10 Millionen und ein budgetiertes Defizit von 210'000 Franken pro Jahr ein Businessplan fehle. Die Sommermonate seien schlecht ausgelastet, man würde besser die fünf Monate schliessen. Er sei gleicher Meinung wie die SVP. Er möchte das Geschäft dem Soverän nicht zumuten. Es gebe viele offene Fragen, die zuerst beantwortet werden müssten. Mit den weiteren Projekten in der Pipeline müsse eine Steuererhöhung diskutiert werden. Er verweist darauf, dass der GGR gemeindeeigene Projekte wegen der finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinde zurückgewiesen habe. Dieses Projekt sei nicht einmal im Investitionsplan, weshalb ihn der Antrag des Gemeinderats sehr überrasche.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* ergänzt, dass die Zahlen bei der Erstellung des Investitionsplans noch nicht vorgelegen hätten, dieser aber selbstverständlich nachgeführt werde. Der Businessplan sei relativ einfach. Während der Saison werde das Eis vermietet. Die Sommernutzung sei wie erwähnt mangelhaft. Der Verwaltungsrat arbeite daran, das zu verbessern. Das Defizit liege bei ca. 120-130'000, der Rest sei für die Amortisation der Investition gedacht. Die Rechnung 2020/21 sei wegen Corona nicht sehr repräsentativ. *Fredi Daumüller* hingegen zieht für die Berechnung des Defizits die Härtefall- und Kurzarbeitsentschädigung ab. Ein Businessplan heisse, neue Kunden zu suchen und neue Ideen für die Sommermonate zu haben. Aussagen dazu fehlten in den Unterlagen. *Philippe Ritschard* verweist auf die Planerfolgsrechnung in der Machbarkeitsstudie (S. 18), es würde nur gemacht, was per Saldo etwas bringe.

*Manuela Nyffeler* ergänzt, dass in der Fraktion Fragen bezüglich energetischer Massnahmen aufgetreten seien. Die Kosten für wärmetechnische Massnahmen könnten sehr hoch sein und seien noch nicht berücksichtigt. Zudem stelle sich die Frage, wie die Gemeinde die Gleichberechtigung der verschiedenen Sportklubs und Vereine sicherstelle. Die erste Etappe mit Notmassnahmen sei nicht umstritten, aber sie setzten ein grosses Fragezeichen hinter die weiteren Sanierungsmassnahmen im aufgeführten Umfang. Bei einer Abstimmung müsse die Bevölkerung wissen, ob eine Steuererhöhung damit verbunden sei und welche weiteren Sportanlagen ebenfalls saniert werden müssten. Bödelibad, FCI, Rollzone, Turnhallen – hier brauche es eine Gesamtstrategie. Sie verweist auf das Sport- und Erholungskonzept der Region Interlaken (SPEK) von 2008, die Koordination sei jedoch von den Gemeinden nicht weiterverfolgt worden. Es brauche die Sportanlagen, aber auch eine Strategie dafür. Aus Transparenzgründen brauche es sowohl für den GGR als auch die Volksabstimmung eine Gesamtschau zum Unterhalt und der künftigen Finanzierung der Sportanlagen. Sie verweist auf entsprechende Entwicklungen bei den Kulturinstitutionen. Die aktuelle Vorlage sei nicht beschlussreif. Sie hätten noch grosse Bedenken, auch wenn sie den Eissport sehr begrüsst.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* weist darauf hin, dass eine Gesamtsicht ein mehrjähriger Prozess sei. Das könne man weiterverfolgen, aber parallel müssten die Anlagen saniert werden.

*Andreas Dummermuth* stimmt zu, dass es wahrscheinlich ein Eissportzentrum in der Region brauche. Er sei erstaunt, dass keine anderen Geldgeber gefunden wurden, z.B. die Swiss Ice Hockey Federation oder der Lotteriefonds. Er würde auch von den Vereinen mehr erwarten. Er beantragt einen Sitzungsunterbruch zur Diskussion in den Fraktionen.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* erwähnt, dass Abklärungen mit dem Sportfonds liefen, es könnte einen Beitrag an die Banden geben. Allenfalls sei ein Darlehen der Regionalkonferenz möglich. Die Vereine hätten nicht die Mittel für einen namhaften Beitrag.

*Dorothea Simmler* ergänzt, die Mieteinnahmen der Sommernutzung seien nur ein Tropfen auf den heissen Stein und man müsse vielleicht auch mit einer Steuererhöhung rechnen – hier müsse man Klartext reden. Anno dazumal hätten alle Gemeinden eine Sportstätte „erhalten“, nach vielen sorglosen Jahren komme jetzt das jähe Erwachen und man müsse das Portemonnaie zücken. Das SPEK sei ein Segen, man habe das schon übergeordnet angeschaut und gesagt, dass die Sportanlagen gesamthaft betrachtet und Synergien geprüft werden sollten. Andere Vereine und Organisationen hätten es vorgemacht, dass man zusammenarbeiten, Synergien nutzen und Ressourcen bündeln könne und damit das Überleben sichere. Auch bei den gemeindeeigenen Ressourcen könnte viel gebündelt werden, gerade im Sektor Sport sollten die Anlagen gemeinsam betrachtet und dann die Stossrichtung festgelegt werden. Niemand wage sich an die Sache, es sei auch ein riesiger Brocken. Aber jetzt würden die Ressourcen knapp. Mit gemeinsamen Synergien könnte man eine super öV-Erschliessung erreichen, eventuell den Unterhalt zusammennehmen, die Zwischennutzung besser gestalten, die Energie nutzen (Kühlung/Wärme), die Synergien wirklich nutzen, Restaurationsbetriebe besser auslasten – eine gemeinsame Planung wäre eine grosse Chance. Sie zweifle, ob man die Kosten der Anlagen mit dem bisherigen Konzept im Griff habe. Man müsse die Gemeinschaft zwingen, einen anderen, gangbaren Weg zu gehen. Sie könnten das Geschäft nur annehmen oder ablehnen, im Moment gäbe es keine andere Wahl als alles oder nichts. Jetzt müssten sie hier entscheiden. Obwohl man eigentlich dem Sport und der Gemeinschaft nicht im Weg stehen wolle. Aber der vorgeschlagene Weg sei für sie so nicht gangbar.

*André Chevrolet* äussert sein Dilemma – man habe eigentlich immer wichtige Geschäfte für die Infrastruktur und die Bevölkerung, und als Sportler und Sportfan müsste er das Geschäft vollumfänglich unterstützen, aber er habe schon mehrfach erwähnt, dass man Probleme habe, und eine Steuererhöhung wolle man eigentlich nicht. Er sei an der Veranstaltung im Eissportzentrum gewesen. Wenn man im Sommer Eisfläche anbieten könnte, gäbe das Ertrag, würde aber nochmals Millionen mehr kosten.

[Sitzungsunterbruch 17:40-17:50]

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* weist darauf hin, dass die Gemeinde Interlaken als Aktionärin an der Eishalle beteiligt sei. Wenn diese schliessen müsste, wäre dieser Wert vernichtet. Dazu kämen die Rückbaukosten. Der GGR müsse sich dessen bewusst sein. In der Abstimmungsbotschaft könnte eine eventuelle Steuererhöhung erwähnt werden – auch wenn es nicht gekoppelt sei – und damit die Transparenz gewahrt werden.

*Roger Rüegger* geht der formulierte Antrag zu wenig weit. Nur mit einer Rückweisung könne der Gemeinderat nichts Neues entwickeln. Die FDP-Fraktion beantrage deshalb, den Antrag der SVP-Fraktion zu erweitern und den Gemeinderat zu beauftragen, dem GGR ein Gesamtkonzept zu präsentieren. Erwähnt worden seien Sommereis, Anlässe, SPEK.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* ergänzt, dass Sommereis geprüft worden sei. Das sei in der heutigen Anlage ohne Isolation aber eine Energievernichtung und erst in einer weiteren Phase denkbar.

*Daniel Schenk* konkretisiert den Rückweisungsantrag. Sie erwarteten vom Gemeinderat Angaben, wie sich die Mitgliederzahlen der involvierten Klubs in den letzten Jahren entwickelt haben, konkrete Angaben zur Fremdfinanzierung und ein sauberes Konzept für die Sommernutzung.

*Roger Rüegger* zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

*Manuela Nyffeler* ergänzt, dass die EVP-GLP zusätzlich möchte, dass der Satz in der Machbarkeitsstudie: „Nicht enthalten in diesen Kosten sind wärmetechnische Massnahmen an Dach und Fassaden und der Bau von zusätzlichen nutz- und vermietbaren Flächen“ (S. 4) geprüft werde, um nicht in ein Fass ohne Boden zu investieren. Es bräuchte eine ungefähre Kostenabschätzung. Für die Nutzung des Gebäudes im jetzigen Zustand in den nächsten 20-25 Jahren gehöre die Frage der Energiekosten, Energiegewinnung und die Sanierungsmassnahmen dazu. Es brauche noch mehr Abklärungen.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* ergänzt zur Energiefrage, dass die Wärmerückgewinnung ohne grösseren Aufwand angeschlossen werden könne, das sei schon eingebaut worden.

### **Beschluss:**

Der Antrag der SVP, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen mit dem erwähnten Auftrag, wird mit 17 zu 8 Stimmen angenommen.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* wünscht möglichst rasch einen konkreten Fragenkatalog.

**38**            **L3.07**            Zivilschutz- und Militärbauten

### **Instandstellung Zivilschutzanlage Mittengraben, Nachkredit**

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Bemerkungen.

*Gemeinderat Franz Christ* erläutert, dass die Überprüfung der Zivilschutzkeller gezeigt habe, dass Interlaken mindestens 2% Unterdeckung bei den Schutzplätzen habe. Um die Vorgaben des Bundes für den Schutzraumbau zu erfüllen biete sich dieser Teil der Zivilschutzanlage an. Man erhalte dafür Geld aus dem Fonds, in den die Schutzraumpflichtbefreiungsbeiträge fliessen. Der GGR habe für den bisherigen Rückbau und die Grundausrüstung schon einen Kredit bewilligt. Um die geforderten Schutzplätze einzurichten müsse Interlaken diesen Nachkredit vorschliessen. Es sei alles beitragsberechtigt. Nach dem Motto alles oder nichts gäbe es bei einer Ablehnung auch kein Geld für den ersten Teil. Die Vorlage sei kostenneutral, eigentlich nur ein Vorschliessen der Finanzen. Man komme damit auch einer Pflicht gegenüber den Bürgern nach. Der Fonds werde gespiesen aus Geldern der Bauherren, die keine Schutzräume bauen. Hier brauche es keine Steuererhöhung.

Eintreten ist nicht bestritten.

*Alexandra Brönnimann* erklärt, dass die SVP-Fraktion zustimmen werde. Da der ganze Beitrag des Kantons aus dem Ersatzbeitragsfonds stamme – was von Gemeinderat Franz Christ bestätigt wird – würde kein Steuergeld dafür eingesetzt.

*Michelle Trafelet* ergänzt, dass auch die FDP-Fraktion zustimmen werde. Es sei nicht kontrovers und koste die Steuerzahlenden nichts.

### **Beschluss:**

Für die zusätzlichen Rückbauarbeiten im Hauptprojekt "Instandstellung ZSA Mittengraben" sowie für das Zusatzprojekt "öffentlicher Schutzraum BSA" wird ein Nachkredit von CHF 655'000.00 bewilligt. Das Geschäft unterliegt dem fakultativen Referendum.

(einstimmig)

## **39            B3.01.3.1            Motionen**

### **Motion Rüeegger, Einführung der Schuldenbremse für Interlaken, Begründung**

*Roger Rüeegger* erklärt, eine Schuldenbremse sei für ihn wie ein Kochbuch. Solange alles laufe brauche man das Kochbuch nicht. Solange aber nicht ganz klar sei, wie das Menü aussehen solle, sei man froh eines zu haben.

Eine Schuldenbremse sei nicht *das* Instrument, welches die Finanzen über Generationen im Gleichgewicht halte, aber es sei ein Instrument, das es erlaube, mit den Finanzen für die nächste Generation haushälterisch umzugehen, und dies abgestützt auf eine reglementarische Basis.

Eine Schuldenbremse, die über eine Legislatur von vier Jahren hinausgehe, stärke das Bewusstsein, dass das heute ausgegebene Geld den nachfolgenden Generationen nicht mehr zur Verfügung stehe. Gleichzeitig sei eine Schuldenbremse aber auch eine Einschränkung, die in gewissen Situationen schmerze. Darum lasse die Motion dem Gemeinderat gewisse Möglichkeiten Einschränkungen einzubauen, die verhindern, dass in den nächsten Jahren nichts mehr investiert werden könnte.

Der Motionär sieht hier vor allem die Eintrittsschwelle, ab welchem Bilanzüberschuss die Schuldenbremse eingehalten werden müsse. Weiter sei es auch möglich, dass die Vorlage zu einem späteren Zeitpunkt, z.B. zu Beginn der neuen Legislatur, in Kraft trete.

Er sei überzeugt, dass die Vorlage mehrheitsfähig sei und sie sich danach wieder an das Kochbuch halten und das Menü, die Finanzen, allen Bürgerinnen und Bürgern von Interlaken schmackhaft machen könnten.

## **40            B3.E            Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)**

### **Orientierungen/Verschiedenes**

#### **Kenntnisnahme von Abrechnungen**

G-Nr. 9898

**Kanalisationserneuerung Marktplatz** (Gemeinderat vom 06.07.2022)

Vom Grossen Gemeinderat am 27. August 2019 bewilligt

Bruttoinvestitionen

**Kreditunterschreitung**

CHF 270'000.00

CHF 74'468.60

**CHF 195'531.40**

G-Nr. 3086

**Kanalisationserneuerung Grosse Aare-Postplatz** (Gemeinderat vom 06.07.2022)

Bewilligte Kreditsumme	GR 25.05.2016	CHF	95'000.00
	Urne 27.11.2016	CHF	110'000.00
	GR 21.12.2016	CHF	95'000.00
	GR 18.01.2017	CHF	50'000.00
	GR 06.09.2017	CHF	6'600.00
	GR 06.09.2017	CHF	115'000.00
	GR 06.12.2017	CHF	910'000.00
	GGR 26.06.2018	CHF	317'000.00
	GR 20.02.2019	CHF	70'000.00
Total bewilligte Kreditsumme		CHF	1'768'600.00

Bruttoinvestitionen	CHF	1'754'755.32
<b>Kreditunterschreitung</b>	<b>CHF</b>	<b>13'844.68</b>

Eingegangene Beiträge	CHF	517'198.20
-----------------------	-----	------------

G-Nr. 3634

**Kanalisationserneuerung Mittengrabenquartier-Allmendstrasse, Etappen 1 und 2** (Gemeinderat vom 09.11.2022)

Bewilligte Kreditsumme	GP 06.10.2014	CHF	20'000.00
	GR 11.03.2015	CHF	10'000.00
	GR 20.04.2016	CHF	310'000.00
	GR 07.11.2018	CHF	7'840'000.00
	GR 03.04.2019	CHF	62'000.00
Total Bewilligte Kreditsumme		CHF	8'242'000.00

Bruttoinvestitionen oder Investitionsbetrag	CHF	6'702'171.85
<b>Kreditunterschreitung</b>	<b>CHF</b>	<b>1'539'828.15</b>

G-Nr. 3821

**Jungfraustrasse, Savoy-Kreuzung bis Gemeindegrenze Matten** (Gemeinderat vom 09.11.2022)

Bewilligte Kreditsumme	GR 18.05.2015	CHF	7'000.00
	GR 07.10.2015	CHF	75'000.00
	Urne 26.11.2017	CHF	1'370'000.00
	GR 04.09.2018	CHF	21'000.00
Total Bewilligte Kreditsumme		CHF	1'473'000.00

Bruttoinvestitionen oder Investitionsbetrag	CHF	1'375'936.14
<b>Kreditunterschreitung</b>	<b>CHF</b>	<b>97'063.86</b>

Eingegangene Beiträge: AP2, Agglomerationsbeiträge	CHF	768'741.00
--	-----	------------

G-Nr. 3821

**Kanalisationserneuerung Kreuzung Savoy bis Gemeindegrenze Matten inkl. private Hausanschlüsse** (Gemeinderat vom 09.11.2022)

Bewilligte Kreditsumme	GR 07.10.2015	CHF	30'000.00
	GR 04.05.2016	CHF	34'000.00
	GR 09.11.2016	CHF	20'000.00
	Urne 26.11.2017	CHF	330'000.00
	GR 04.07.2018	CHF	75'000.00

	GR 19.12.2018	CHF	20'000.00
	GR 21.08.2019	CHF	950'000.00
Total Bewilligte Kreditsumme		CHF	1'459'000.00
Bruttoinvestitionen oder Investitionsbetrag		CHF	1'389'335.05
<b>Kreditunterschreitung</b>		<b>CHF</b>	<b>69'664.95</b>

Eingegangene Beiträge: Kanalisation Kreuzweg Savoy-Gemeindegrenze Matten (AP2), Beiträge Liegenschaftsentwässerung CHF 520'404.90 exkl. MWST + CHF 40'071.15 MWST = CHF 560'476.05 inkl. MWST

### Wortmeldungen aus dem Rat

Der Präsident weist auf die nächste Ratssitzung vom 31. Januar 2023 hin.

G-Nr. 10051

#### Anfrage Rüegger, Zusammensetzung Elternräte

*Roger Rüegger* fragt, wie die Elternräte in Interlaken zusammengesetzt seien. Der GGR habe das Reglement verabschiedet und er hätte gerne gewusst, wer sich in jeder Klasse zur Verfügung gestellt habe.

#### Fraktionspräsidenten

*Roger Rüegger* wünscht, dass intern kommuniziert werde, wer die Fraktionen führe und wer die Parteipräsidenten der Fraktionen im GGR seien, sodass sie sich direkt an diese wenden könnten und nicht immer Mails an alle verschickt werden müssten.

#### Schlussvotum des Ratspräsidenten

Präsident *Marcel von Allmen* blickt auf sein Präsidialjahr 2022 zurück. Es habe weniger GGR-Sitzungen gegeben, dafür sei sonst wieder viel los gewesen, da Corona bald in den Hintergrund gerückt sei. Er sei an viele Veranstaltungen eingeladen worden, habe aber nicht alle besuchen können. Es habe ihm viel Freude bereitet, den GGR und die Gemeinde Interlaken repräsentieren zu dürfen. Die Leitung der fünf GGR-Sitzungen sei spannend und eine grosse Freude gewesen, vor allem dank den GGR-Mitgliedern, die sehr diszipliniert und immer höflich zueinander gewesen seien, und er hoffe, das bleibe so. Er stellt dann die Frage, wer sich noch an seine Antrittsrede erinnern könne? Er habe sich für das Jahr 2022 vom GGR gewünscht, dass Sorge zu den Gemeindefinanzen getragen und Sachpolitik betrieben werde. Das sei ihnen ziemlich gut gelungen. Auch habe er sich gewünscht, dass der Rat den Kopf nicht hängen lasse, zusammenarbeite und Interlaken weiter vorantreibe. Sie hätten weitergemacht, obwohl die Finanzen nicht viel besser geworden seien, trotz einer Entspannung der Lage.

Nun freue er sich, den Platz wieder zu tauschen. Er hätte auch in diesem Jahr einige Male gerne das Wort ergriffen und seine Meinung kundgetan, habe sich jedoch stets zurückgehalten und sich auf die Sitzungsleitung konzentriert. Er hoffe, dass dies dem einen oder andern auch aufgefallen sei.

Nun wünsche er der neuen Präsidentin Sabrina Amacher alles Gute, viele spannende Momente und einen gleich disziplinierten Rat, wie er es in diesem Jahr erleben durfte. Er danke allen herzlich für ihr Engagement, Disziplin und Durchhaltevermögen. Und er wünsche allen Anwesenden und ihren Angehörigen alles Gute, schöne Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Man sehe sich spätestens im nächsten Jahr wieder, in neuer Frische.

#### Dank an Ratspräsident

Die 1. *Ratsvizepräsidentin Sabrina Amacher* dankt Ratspräsident Marcel von Allmen und verabschiedet ihn mit einem Präsent aus seinem Präsidialjahr.

Schluss der Sitzung: 18:25 Uhr

Der Präsident

Die Sekretärin

Die Stimmzählenden